

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

05.01.2022

Ausschussbetreuender Fachbereich

Stabsstelle Gleichstellungsstelle

Schriftführung

Monika Koppe

Telefon-Nr.

02202-142647

Niederschrift

Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann

Sitzung am Donnerstag, 18.11.2021

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 19:09 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

1. Pause 17:50 – 18:00 Uhr

2. Pause 18:45 – 18:55 Uhr

Sitzungsteilnehmer

Siehe TOP 1, aufgrund der pandemischen Lage wurden die Teilnehmenden von der Schriftführerin erfasst.

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 29.09.2021
0684/2021**
- 4 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**

- 5** **Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 6** **Haushaltsplanberatungen des Haushaltes 2022 der in Zuständigkeit des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann fallenden Produktgruppen**
0667/2021

- 7** **Gleichstellungspolitische Informationen**
0657/2021

- 8** **Verlängerung des Gleichstellungsplans 2017 - 2021**
0630/2021

- 9** **Darstellung der personellen Situation im Fachbereich Jugend und Soziales und der daraus resultierenden Anforderungen für den Stellenplan 2022/2023; hier: Bereich Soziales**
0632/2021

- 10** **Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates**

- 10.1** **Finanzierung der Veranstaltung „Lesung und Gesprächsrunde mit dem Autorenkollektiv Jugendliche ohne Grenzen“ im Rahmen der Themenreihe „Integration im Dialog“**
0634/2021

- 10.2** **Benutzungs- und Gebührensatzung der Stadt Bergisch Gladbach für städtische Unterkünfte für Flüchtlinge, Aussiedler, Obdachlose und Nichtsesshafte**
0655/2021

- 10.3** **Unterbringungssituation im Bereich der Flüchtlinge**
0654/2021

- 11** **Errichtung eines Boule-Platzes im Buchmühlenpark**
0642/2021

- 11.1** **Beginn des Seniorenstammtisches**
0536/2021

- 12** **Rechtliche Betreuung sowie deren Vermeidung bei Krankheit und Behinderung, hier: Bestandsaufnahme und erster Ausblick auf die Einführung des neuen Betreuungsorganisationsgesetzes (BtOG) zum 01.01.2023**
0641/2021

- 13** **Darstellung der Unterbringungssituation von Obdachlosen in Bergisch Gladbach (Stand 20.10.2021)**
0644/2021

- 14** **Zweitplatz Parkplatz Schnabelsmühle**
0647/2021

- 15** **Antrag der FWG-Fraktion zur Erstellung einer Zweckentfremdungssatzung**
0682/2021

- 16** **Kommunale Zahlung an den Verein "Die Platte e.V."**
0724/2021

17 Anfragen der Ausschussmitglieder

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die stellvertretende Vorsitzende Frau Johanna Satler eröffnete die 05. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Demografie, Wohnungswesen und Gleichstellung von Frau und Mann. Sie teilt mit, dass Sie den Vorsitz für die erkrankte Frau von Berg übernimmt. Sie stellt die ordnungsgemäße Einberufung, die Vertretungsverhältnisse und die Beschlussfähigkeit fest.

Frau Satler bittet darum, aufgrund der steigenden Infektionszahlen während der Sitzung Mund-Nasenschutz-Masken zu tragen. Die Verwaltung hat zu diesem Zweck Masken zur Verfügung gestellt, damit diese während der Sitzung auch gewechselt werden können.

Seitens des Rates waren folgende Personen entschuldigt:

Gabriele von Berg
Elisabeth Watzlawek
Frank Samirae
Dr. Erika Bauer

Teilnehmende des Rates:

Thomas Hildner
Brigitta Opiela
Rolf-Dieter Schacht
Jörg Weber
Güven Cöcü

Johanna Satler
Collin Eschbach
Dagmar Heiß
Helmut Schmidt
Rainer Dettmer

Brigitte Holz-Schöttler
Ute Stauer
Christine Mehls

Dr. Gabriele. Rieband

Thomas Kunze

Vitali Steinbrecher

Martina Klupp

Angela Mascharz

Kastriot Krasniqi

Teilnehmende der Verwaltung:

Ragnar Migenda
Sabine Hellwig
Judith Klößen
Uwe Tillmann
Simone Engelberth
Andrea Winkelmann
Moritz Sturmberg
Monika Koppe

Frau Satler bittet um die Erweiterung der Tagesordnung TOP 16 – öffentlicher Teil, Vorlage Nr. 0724/29021 „**Kommunale Zahlung an den Verein Die Platte e.V.**“

Es wird folgender **Beschluss** gefasst:

Die Tagesordnung wird um TOP 16 öffentlicher Teil, Vorlage Nr. 0724/29021 „Kommunale Zahlung an den Verein Die Platte e.V.“ erweitert.

Die Beschlussfassung erfolgt einstimmig.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Frau Salter erfragt, ob gegen die Niederschrift – öffentlicher Teil Einwände erhoben werden.

Da dies nicht der Fall ist, gilt der öffentliche Teil der Niederschrift zur Sitzung am 29.09.2021 als genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 29.09.2021
0684/2021

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Es liegen keine Mitteilungen vor.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Frau Hellwig stellt dem Ausschuss Frau Winkelmann und Herrn Sturmberg vor. Die beiden Mitarbeitenden sind in der Betreuungsstelle tätig. Sie können Fragen zur Vorlage 0641/2021, „Rechtliche Betreuung sowie deren Vermeidung bei Krankheit und Behinderung, hier: Bestandsaufnahme und erster Ausblick auf die Einführung des neuen Betreuungsorganisationsgesetzes (BtOG) zum 01.01.2023“, TOP 12 zu beantworten.

Des Weiteren teilt sie mit, dass zur Vorlage 0655/2021 „Benutzungs- und Gebührensatzung der Stadt Bergisch Gladbach für städtische Unterkünfte für Flüchtlinge, Aussiedler, Obdachlose und Nichtsesshafte“, TOP 10.2, die Beantwortung einer Anfrage der CDU aus dem Integrationsrat zur Vorlage verteilt wurde.

Zum Abschluss weist sie auf den ausliegenden KOMMUNALBERICHT 2021 hin. Dazu wird zur nächsten Ausschusssitzung Frau Dr. Katharina Hörstermann (Mitarbeiterin des Rheinisch-Bergischen Kreis) den Bericht vorzustellen und Fragen beantworten.

6. **Haushaltsplanberatungen des Haushaltes 2022 der in Zuständigkeit des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann fallenden Produktgruppen**
0667/2021

Frau Mehls fragt nach, ob die Beschaffung geringwertiger Wirtschaftsgüter, z.B. Elektrogeräte, kleinere Möbel etc. eventuell aus Nachhaltigkeitsgründen gebraucht erstanden werden, oder ob diese immer neu beschafft würden?

Frau Hellwig antwortet darauf, dass diese geringwertigen Güter zur Einrichtung von Unterkünften immer neu angeschafft werden, da sie oft sehr beansprucht würden und die Nutzer die Gegenstände häufig nicht ganz sachgemäß benutzen würden.

Herr Migenda ergänzt dazu, dass hier oft auch die Ausschreibungsgrundsätze entgegenstehen, d.h. ab einer gewissen Menge seien die Vergabegrenzen überschritten, so dass ausgeschrieben werden müsse. Hier sei der Gesetzgeber gefordert auch Nachhaltigkeit in diesem Bereich „stärker zu denken“. Es sei aber nicht so, dass z. B. Maschinen, die aus der städtischen Nutzung entfallen, auf den Müll wanderten, sondern auf entsprechenden Plattformen verkauft würden.

Hier stehe die Verwaltung aber erst am Anfang dessen, was möglich sei.

Frau Mehls merkt an, dass sie sich darüber freue, dass Nachhaltigkeit größer gedacht werde.

Herr Kunze hat zwei Fragen zur Vorlage: **(hier war leider das Mikro nicht eingeschaltet, deshalb können hier die Fragen nicht wiedergegeben werden)**

Frau Hellwig teilt zur ersten Frage mit, dass sich die Kostenerstattung auf die Seniorenberatungsstelle beziehe. Bisher war es so, dass die Pflegeberatung vom Kreis auf die Stadt delegiert wurde. Deshalb gab es hier eine Kostenerstattung. Seit dem 01.01.2021 werde diese Aufgabe aber wieder vom Kreis übernommen, so dass die Erstattung jetzt entfalle.

Auf die zweite Frage teilt Frau Hellwig mit, dass die Geschäftsaufwendungen/Sachaufgaben in 2020 mit 7.000 € (Seite 34, Zeile 16) das Ergebnis so gering ausgefallen sei, weil durch Corona viele Maßnahmen nicht, wie geplant durchgeführt werden konnten, da keine Präsenzveranstaltungen möglich waren. Mit den Ansätzen ab 2021 kommen man wieder in die Bereiche, wie vor der Corona-Pandemie.

Herr Hildner bedankt sich für die aufschlussreiche Haushaltsvorlage, in der alle Maßnahmen gut begründet und nachvollziehbar seien.

Es wird der folgende **Beschluss** gefasst:

Die in Zuständigkeit des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann fallenden Teilhaushalte 2022 werden in der Fassung der Vorlage beschlossen.

Der Beschlussfassung erfolgt einstimmig bei einer Enthaltung durch die FDP.

7. Gleichstellungspolitische Informationen *0657/2021*

Frau Klaßen macht auf die Veranstaltungen, die im Rahmen der NRW-weiten Aktionswoche gegen Gewalt an Frauen (22.11. – 27.11.2021) geplant sind aufmerksam und lädt alle Ratsmitglieder ein, an den Veranstaltungen teilzunehmen.

Frau Stauer fragt nach, ob das Angebot „Webinar gegen Gewalt in der digitalen Welt“, zielgruppengerecht für Schülerinnen oder ganz junge Frauen etc. sei. Gibt es hier konkret eine Anlaufstelle, wo junge Frauen Hilfe bekommen, wenn sie sich nicht gleich an die Polizei wenden möchten?

Frau Klaßen erklärt dazu, Frau Gesa Stückmann vertrete den Verein „Law4school“, wo sich Betroffene hinwenden können. Das Webinar sei für alle offen. Frau Klaßen sei bereits mit Frau Stückmann in Kontakt, um im nächsten Jahr möglicherweise weitere Seminare als Projekt an Schulen anzubieten, um konkret Jugendliche zu den vielfältigen Themen der digitalen Gewalt zu sensibilisieren.

Frau Holz-Schöttler bedankt sich für die Veranstaltungen zur Aktionswoche und fragt konkret nach dem Fußballspiel, welches sie gerne besuchen würde. Des Weiteren fragt sie nach dem im nächsten Jahr geplanten Aktionstag gegen Gewalt an Männern. Gehe es hier tatsächlich um Gewalt an Männern durch Frauen oder hat der Aktionstag etwas mit dem Täterschutz zu tun, damit diese nochmal beraten werden und in Therapie gehen können.

Frau Klaßen teilt mit, dass das Fußballspiel leider nicht stattfinden werde, da bei den steigenden Inzidenzen geboten sei, solche Veranstaltungen nicht stattfinden zu lassen. Das Spiel wird voraussichtlich im nächsten Sommer nachgeholt.

Zum Aktionstag gegen Gewalt an Männern, der im nächsten Jahr von Frau Ministerin Scharrenbach geplant sei, soll in den Fokus gerückt werden, dass auch Männer durchaus von Partnerschaftsgewalt betroffen seien. Hier soll aufgezeigt werden, wo Männer beraten werden können. Frau Klaßen sei in Gesprächen mit dem SKM (Sozialdienst Katholischer Männer e.V.) Köln, mit dem Ziel einer Kooperation zur Beratung von männlichen Opfern. Sie wird zu gegebener Zeit dazu im Ausschuss berichten.

Frau Stauer erfragt, ob es nicht auch präventive Angebote gebe, wo Männer, die von sich selbst wissen, dass sie in bestimmten Situationen zur Aggression neigen, Hilfe bekommen können.

Frau Klaßen teilt dazu mit, dass sie ihren Aufgabenschwerpunkt eher im Bereich der Gewalt gegen Frauen sehe. Der Runde Tisch sei ein Arbeitskreis für weibliche Opfer von Gewalttaten. Hier arbeite auch eine Bewährungshelferin mit, wo Täter bei Verurteilung zu Beratungen verpflichtet werden. Dies sei bisher das einzige bekannte Angebot. Deshalb sei sie froh mit dem SKM, der seinen Sitz in Köln habe, einen Verein gefunden zu haben, der solche speziellen Beratungen anbieten könne. Ansonsten gebe es im ganzen RBK keine Beratungsstelle.

Frau Dr. Rieband merkt an, dass die zu Gewalt neigenden Männer therapeutische Hilfe in Anspruch nehmen müssten. Die Bereitschaft zur Therapiedurchführung sollte von den Betroffenen selbstständig in Anspruch genommen werden.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

8. Verlängerung des Gleichstellungsplans 2017 - 2021
0630/2021

Es wird der folgende **Beschluss** gefasst:

Dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach wird vorgeschlagen, den bestehenden Gleichstellungsplan 2017 – 2021 bis zum 31.12.2022 zu verlängern und den neuen Gleichstellungsplan, den gesetzlichen Regelungen entsprechend, zum 31.06.2023 zu beschließen.

Die Beschlussfassung erfolgt einstimmig bei einer Enthaltung durch die AfD.

9. Darstellung der personellen Situation im Fachbereich Jugend und Soziales
und der daraus resultierenden Anforderungen für den Stellenplan 2022/2023;
hier: Bereich Soziales
0632/2021

Frau Hellwig erläutert die Vorlage, die erstmals so in den Ausschuss eingebracht werde. In der Verwaltungskonferenz sei beschlossen worden, dass es sicher für die Fachausschüsse interessant sei, zu sehen, welche Aufgaben in der Verwaltung verortet sind und wo der Personalbestand nicht mehr ausreiche, die vielfältigen Aufgaben zu erfüllen. Normalerweise bekommen die Ausschussmitglieder die Stellenplanvorlage erst im Rat zusammen mit der Haushaltvorlage zu sehen und zu beraten. Die Verwaltung möchte nun die Gelegenheit geben, bereits im Vorfeld über die benötigten Stellen in den Fraktionen zu beraten.

Herr Migenda ergänzt, dass die geltend gemachten Stellen sehr moderat seien, aber bei den vielfältigen Aufgaben, die reaktiv und pro aktiv vorgenommen werden müssen, stehen die Stellen in einem geldwerten Verhältnis zu ihrem Nutzen.

Frau Holz-Schöttler merkt zur Vorlage an, dass zwei Stellen ja bereits vorhanden seien und es „nur“ um eine Entfristung gehe und die Aufstockung betreffe nur 1 ½ Stellen, wofür sie in ihrer Fraktion werben werde.

Herr Tillmann ergänzt, dass die 0,5 Verwaltungsstelle dringend notwendig sei um die vielfältigen bürokratischen Aufgaben vor allem im Bereich des kommunalen Integrationsmanagements sowie der Einführung des neuen Betreuungsorganisationsgesetzes (BtOG) bewältigen zu können. Die weitere Stelle soll zur Entlastung der Abteilungsleitung geplant werden, damit diese sich wieder vermehrt den Leitungsaufgaben widmen könne. Des Weiteren soll das Themenfeld Bildung/Ausbildung für Jugendliche hier verortet werden.

Herr Migenda merkt an, dass die beiden zu entfristenden Stellen weiterhin vom Land NRW finanziell gefördert werden.

Frau Opiela fragt zum Bereich Wohnungswesen, warum dort keine Vermittlung mehr stattfinden würde.

Frau Hellwig erklärt dazu, dass dieser Bereich dem Fachbereich 2 angeschlossen sei und sie deshalb nur zum Teil antworten könne. Der Bereich habe sich neu aufgestellt. Es gehöre weiterhin zu den Aufgaben, das Ausstellen von Wohnberechtigungsscheinen sowie die Beantragung von Wohngeld. Eine Vermittlung von sozialem Wohnraum gehöre nicht mehr zu den Aufgaben. Da hat sich die Stadt für einen anderen Weg entschieden und arbeite hier eng mit der Rheinisch-

Bergischen Siedlungsgesellschaft und anderen Wohnungsbaugesellschaften zusammen. Nähere Zusammenhänge könne sie hier nicht darlegen.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

10. Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates

Frau Mascharz entschuldigt sich, dass sie aus dem Inklusionsbeirat nicht mündlich berichtet, da sie sehr kurzfristig die Vertretung im Ausschuss übernommen hat.

Aus dem Seniorenbeirat berichtet Frau Dr. Rieband, dass eine Taschengeldbörse aufgebaut werde. Hier werden Senioren mit Schülern und Schülerinnen zusammengebracht, um kleine Gefälligkeiten, wie Rasen mähen, einkaufen gegen Taschengeld zu übernehmen.

Herr Krasniqi weist auf die Klausurtagung des Integrationsrates hin. Hier werden weitere Aufgaben und Ziele besprochen.

10.1. Finanzierung der Veranstaltung „Lesung und Gesprächsrunde mit dem Autorenkollektiv Jugendliche ohne Grenzen“ im Rahmen der Themenreihe „Integration im Dialog“ 0634/2021

Es wird der folgende **Beschluss** gefasst:

Es wird, vorbehaltlich der Mittelbereitstellung im Haushalt 2022/2023, beschlossen, zur Finanzierung der Lesung und Gesprächsrunde mit dem Autorenkollektiv „Jugendliche ohne Grenzen“ im Rahmen der Themenreihe „Integration im Dialog“ des Integrationsrates Mittel aus dem Integrationskonzept in Höhe von 600,00 € zur Verfügung zu stellen.

Die Beschlussfassung erfolgt einstimmig.

10.2. Benutzungs- und Gebührensatzung der Stadt Bergisch Gladbach für städtische Unterkünfte für Flüchtlinge, Aussiedler, Obdachlose und Nichtsesshafte 0655/2021

Herr Eschbach merkt an, dass es ein erfreuliches Zeichen sei, dass der Betrag gesenkt werden könne und regt an, dass die Kosten noch detaillierter aufgeschlüsselt werden sollten, so z. B. die Personalkosten für Hausmeister, die mit 775.408,94 € ausgewiesen werden, ohne das daraus hervorgehe, um wie viele Personen es sich handle.

Frau Hellwig teilt dazu mit, dass es sich um 20 Hausmeisterstellen mit einer Vollzeitstellenäquivalenz von 17 handelt.

Frau Holz-Schöttler fragt dazu an, ob die Bewohner und Bewohnerinnen auch zu Hausmeister-tätigkeiten mitherangezogen werden.

Frau Engelberth berichtet dazu von einem Beispiel, in dem es um den Einsatz eines Rasenmähers ging, der den Bewohnern und Bewohnerinnen von der Stadt zur Verfügung gestellt und dann von der Bewohnerschaft eigenverantwortlich genutzt werden sollte. Letztendlich hat sich die Verwaltung aus versicherungs- und haftungstechnischen Gründen gegen den Einsatz des Rasenmähers entschieden. Leider fehle häufig auch der sachgerechte Umgang mit den Gerätschaften.

Frau Holz-Schöttler teilt dazu mit, Sie möchte nicht, dass Hausmeister eingespart werden sondern dass die Bewohner und Bewohnerinnen besser integriert würden. Als erster Weg in ein selbstständiges Wohnen.

Frau. Dr. Rieband schließt sich der Meinung von Frau Holz-Schöttler an und teilt mit, man solle versuchen, die rechtliche Situation anzupassen. Es gehe hier um Strukturierung von Alltag und einer größeren Identifikation mit dem Wohnumfeld.

Frau Hellwig erklärt dazu, die gesetzlichen Vorschriften ließen sich hier nicht umgehen. Aber es sei schon so, dass die Bewohner sich z. B. an Aufräumarbeiten beteiligten, auch die Gemeinschaftsküchen müssten selbstständig sauber gehalten werden.

Herr Kunze schließt sich den Ausführungen von Frau Holz-Schöttler und Frau Dr. Rieband an. Er teilte mit, dass die Wohnheime zu früheren Zeiten z. B. einen Hausmeister, aber keine Reinigungskräfte hatten. Die Wohnungen mit den Gemeinschaftsräumen mussten von den Bewohnern selbst sauber gehalten werden. In den Niederlanden sei es so, dass Personen, die vom Staat finanzielle Unterstützung erhalten, dafür gemeinnützige Arbeiten leisten müssen. Er gibt die Anregung sich dort zu erkunden, wie da der Versicherungsschutz geregelt sei.

Frau Mehls fasst die Beiträge in einem Prüfauftrag an die Verwaltung zusammen:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die versicherungs- und haftungstechnischen Gründe angepasst werden können um den Bewohnern und Bewohnerinnen den Einsatz zu alltäglichen Instandhaltungsarbeiten zu ermöglichen.

(Antwort, siehe Anlage 1)

Frau Opiela hat noch eine Frage zu den aufgeführten 17.270,40 m² Nutzflächen. Wie viele qm davon entfallen auf privaten Wohnraum?

Herr Migenda teilt dazu mit, dass er keine genauen Zahlen habe. Es sei jedoch so, dass für Verkehrsflächen ca. 25 % angesetzt werden können und der Rest privater Wohnraum sei. Dies könne natürlich von Gebäude zu Gebäude schwanken, je nach dem wann das Gebäude errichtet wurde.

(Antwort, siehe Anlage 2)

Abschließend fragt Herr Kunze, ob die Kosten des Sicherheitsdienstes hier auch eingerechnet wurden.

Frau Engelberth teilt dazu, dass die Kosten laut Rechtsprechung nicht eingerechnet werden dürfen.

Frau Satler weist auf die Anfrage der CDU-Fraktion hin, die aus den Beratungen im Integrationsrat zur Vorlage 0655/2021 gestellt wurde und zum ASWDG bereits in schriftlicher Form vorliegt. Es sollte aufgeschlüsselt werden, wie die Benutzungs- und Gebührensatzung mit den Landeserstattungen, die die Stadt erhält. Da diese Frage nicht so einfach zu beantworten war, erfolgte sie in schriftlicher Form, die hier vorliegt.

Es wird der folgende **Beschluss** gefasst:

Es wird dem Rat empfohlen, die der Vorlage beiliegende Satzung zu beschließen.

Die Beschlussfassung erfolgt einstimmig.

10.3. Unterbringungssituation im Bereich der Flüchtlinge
0654/2021

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

11. Errichtung eines Boule-Platzes im Buchmühlenpark
0642/2021

Herr Steinbrecher fragt die Verwaltung wie wahrscheinlich es sei, einen Sponsor zur Errichtung des geplanten Boule-Platzes zu finden.

Herr Migenda teilt dazu mit, die Verwaltung beurteile das Finden eines Sponsors durchaus optimistisch. Dies können z. B. Sponsoren aus dem Garten- und Landschaftsbau oder ähnliches sein.

Es wird der folgende **Beschluss** gefasst:

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann beschließt auf Anregung des Seniorenbeirats die Errichtung eines Boule-Platzes im Buchmühlenpark.

Die Beschlussfassung erfolgt einstimmig.

11.1. Beginn des Seniorenstammtisches
0536/2021

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

12. Rechtliche Betreuung sowie deren Vermeidung bei Krankheit und Behinderung, hier: Bestandsaufnahme und erster Ausblick auf die Einführung des neuen Betreuungsorganisationsgesetzes (BtOG) zum 01.01.2023
0641/2021

Frau Winkelmann teilt mit, dass sie Material zur Erteilung einer Betreuungsvollmacht ausgelegt habe. Die Betreuungsstelle befasst sich in der Hauptsache mit dem Thema „Wer entscheidet in rechtlichen Angelegenheiten für mich, wenn ich dazu nicht bzw. nicht mehr in der Lage bin.“ Die Betreuungsstelle habe sich in den letzten Jahren immer weiterentwickelt und auf jede Gesetzesänderung reagiert. Die nun vorgesehene Einführung des neuen Betreuungsorganisationsgesetzes habe massive Auswirkungen, auch im Hinblick auf personelle Konsequenzen. Das Gesetz sehe vor, immer mehr Aufgaben aus dem Bereich der Justiz von den Gerichten in kommunale Hände zu legen. D.h. die Kommunen werden im Bereich Feststellung von Standards zur Ausübung der Aufgaben von Berufsbetreuern und -betreuerinnen stärker in die Pflicht genommen. Die Betreuungsstelle werde als sogenannte Stammbehörde tätig, um zu prüfen, inwieweit Berufsbetreuer und -betreuerinnen tatsächlich zur Ausübung der Tätigkeit geeignet seien. Da hat der Gesetzgeber ganz detaillierte Standards vorgegeben, die ausgearbeitet werden müssen und auch verwaltungstechnische Konsequenzen haben.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

13. Darstellung der Unterbringungssituation von Obdachlosen in Bergisch Gladbach
(Stand 20.10.2021)
0644/2021

Frau Holz-Schöttler bedankt sich für die gute Vorlage und fragt nach, ob die Unterkünfte alle in städtischer Hand seien.

Frau Engelberth teilt mit, dass alle vier Standorte in städtischer Hand seien.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

14. Zweitplatz Parkplatz Schnabelsmühle

0647/2021

Herr Hildner teilt mit, dass die CDU erstaunt las, dass der Zeitplatz nun auf dem Parkplatz Schnabelsmühle zu finden sei und nicht wie geplant unter der Platane am Kreisverkehr Schnabelsmühle. In der Vorlage wird ausgeführt, dass es sich um einen provisorischen Platz handeln würde, da der Zweitplatz Schnabelsmühle nicht kurzfristig zu realisieren gewesen sei. Die CDU bittet darum, nach einem langfristigen Aufenthaltsort zu suchen, da an der jetzigen Stelle Parkplätze wegfallen würden. Er fragt, ob es nicht die Möglichkeit gebe einen neuen Ort auf dem Zanders-Gelände zu realisieren?

Herr Migenda teilt mit, dass er sehr froh über die schnelle Umsetzung des provisorischen Platzes sei, da es aus der Bevölkerung massive Beschwerden gab, da sich das Klientel hauptsächlich im Forumpark und der Fußgängerzone aufhielt. Die Erschließung des Platzes am Kreisverkehr würde Kosten in Höhe von ca. 100.000 € verursachen und dieser Platz wurde als Aufenthaltsort nur als suboptimal angesehen. Ob es ein Provisorium bleibe, hänge auch davon ab, wie der Platz angenommen werde. Es werde noch Licht in Form einer Straßenlaterne installiert, damit sich auch Frauen dort sicherer fühlten. Des Weiteren hoffe er, dass der Erstplatz bald wieder geöffnet werden könne, damit sich die Situation entzerre, da das Klientel zurzeit keine richtige Anlauf- bzw. Beratungsstelle habe.

Er bedankt sich ausdrücklich bei den Kolleginnen und Kollegen für die schnelle und gute Umsetzung auf dem Platz. Des Weiteren teilt er mit, dass auf dem Zanders-Gelände kein Standort geschaffen werden könne, da man sich dort alle Optionen einer Erschließung erhalten möchte.

Herr Hildner bedankt sich für die ausführliche Berichterstattung und freut sich, dass ein Platz gefunden wurde.

Frau Stauer fragt nach, inwieweit der Verein „Die Platte e.V.“ in die Entscheidung involviert war.

Herr Migenda teilt mit, dass der Verein bei der Entscheidung nicht zugegen war. Er gebe zu bedenken, dass nun zwei Plätze angeboten würden und so die Möglichkeit bestehe, den für sich besseren Standort zu nutzen.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

15. Antrag der FWG-Fraktion zur Erstellung einer Zweckentfremdungssatzung

0682/2021

Zu diesem Antrag hat die Verwaltung eine ausführliche Stellungnahme abgegeben und geprüft, ob eine Zweckentfremdungssatzung beschlossen werden könne.

Es erfolgte keine Wortmeldung. Somit wurde Einvernehmen mit der Stellungnahme vorausgesetzt und keine Abstimmung vorgenommen.

16. Kommunale Zahlung an den Verein "Die Platte e.V."

0724/2021

Es wird der folgende **Beschluss** gefasst:

Die Gewährung eines einmaligen Zuschusses in Höhe von 19.000 Euro an den Verein“ Die Platte e.V.“ wird beschlossen.

Die Beschlussfassung ergeht einstimmig.

17. Anfragen der Ausschussmitglieder

Es liegen keine Anfragen der Ausschussmitglieder vor.

Der öffentliche Teil der Sitzung wird um 19.02 Uhr geschlossen.

Die Nichtöffentlichkeit wird hergestellt.

gez. Johanna Satler
stellv. Ausschussvorsitzende

gez. Monika Koppe
Schriftführung